

## **U n t e r r i c h t u n g**

**durch die Präsidentin des Landtags**

### **Aktuelle Stunde**

Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 15. September 2021 eine Aktuelle Stunde zum Thema

"Streichung von Lohnfortzahlungen und 2G-Regelung: Bricht die Landesregierung ihre Zusage, dass es keinen Impfwang geben soll?"

beantragt und gleichzeitig ihre beantragte Aktuelle Stunde zum Thema

"Landesaufnahmeprogramm für Afghanen? Thüringen verträgt kein zweites 2015!" (Drucksache 7/4028)

zurückgezogen.

### **Begründung:**

Während die Landesregierung und die Bundesregierung den Bürgern gegenüber monatelang behauptete, es werde keinen Impfwang geben, strebt sie jetzt augenscheinlich die Einführung eines De-facto-Impfzwangs auch in Thüringen an. Die in anderen Bundesländern bereits geltenden sogenannten "2G-" oder auch die "2G-plus-Regeln" zielen wie die schon etablierte "3G-Regelung" darauf ab, die Menschen zu einer Covid-19-Impfung mit unzureichend erprobten Impfstoffen zu nötigen, indem nämlich ungeimpfte sowie gesunde Personen mit gesellschaftlicher Ausgrenzung und rechtlichen Diskriminierungen, etwa der Streichung der Lohnfortzahlung im Quarantänefall, belegt werden. Damit untergräbt man die Eigenverantwortung der mündigen Bürger zugunsten einer augenscheinlich auf Dauer angelegten obrigkeitlichen Bevormundung, macht Grundrechte zum veräußerlichen Gut und spaltet die Gesellschaft. Ob Thüringen diesen Weg in den vormundschaftlichen Staat weiterverfolgen soll, ist im Plenum des Landtags zu beraten.

Birgit Keller  
Präsidentin des Landtags